

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 7. November 1930
12. Jahrgang. Nummer 260

erschließt täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Preis: Einzelheft 48 Pf., 12 Hft. Monatsheft = 5,00 Pf., monatlich 2,10 Pf., 50 Hft. Monatsheft = 10,00 Pf., Einzelnummer 20 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,00 Pf., unter Einschluß 8 Pf. Zustellgebühr. Die schlesischen Kreislagerstellen oder deren Hauptstellen sind: Breslau und Besenbinderstraße 8 Pf., Kattowitz 12 Pf., Berlin und Besenbinderstraße 8 Pf., Kattowitz 12 Pf. — Schluß der Bestellungen in der Geschäftsstelle am 6. Uhr in den Abenden am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

für Schlessien und Oberschlessien
Organ der RPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Vertriebsstellen: Berlin, Köpenicker Straße 30, Tel. 960 89.
Dresden, Postfach 544, Reichenauer Straße, Telefon 2201.
Stettin, Tel. 290 02. Geschäftsstelle der Redaktion von 12-18.
Stettin, Postfach 27 1/2 28 1/2. Filialvertriebsstellen:
Görlitz, Postfach 200, L. Ringstraße 10, Tel. 8070.
Oppeln, Postfach 11, Tel. 1904; 8. Straße, Nr. 6, Tel. 2894.
Schlesien: 8-12 Uhr. Geschäftsstelle: Geschäftsstelle Oppeln,
Postfach 11, Tel. 1904; 8. Straße, Nr. 6, Tel. 2894.
„Der Rote Stern“, Filiale Breslau, Reichenauer Straße 50.

1600 Delegierte schaffen in Berlin den Roten Metallarbeiter-Berband

Begeisterte Zustimmungserklärungen aus den Betrieben — Betriebsarbeiter übernehmen die Leitung

Wie wir am Dienstag in unserer Zeitung kurz berichteten, fand am gleichen Tage in Berlin im roten Wedding eine Konferenz der Metallarbeiter statt, die berufen war, die Lehren aus der Schlacht der 130 000 zu ziehen. Diese Konferenz nahm einen Verlauf, der alle Erwartungen übertraf und schuf die Grundlage, die zu der Hoffnung berechtigt, daß es der Gewerkschaftsbürokratie zum letzten Male möglich gewesen ist, die Berliner Arbeiter zu verraten. Von den 1600 Delegierten wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Der Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau geht weiter! Die Lohnraubvereinbarungen der Brüning-Regierung mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie werden in den nächsten Tagen bekannt werden. Der DWA, als wirtschaftsfeindliche Organisation hat sich verpflichtet, den Lohnabbaubefehl der

Siemens und Vorsig durchzuführen. Wir Vertreter der roten Metallarbeiter erklären, daß wir keinerlei Schlichtungsbitte anerkennen. Wir werden alle Kräfte einsetzen, um den revolutionären Widerstand zu organisieren und die Durchführung des Lohnraubes unmöglich zu machen.

Kollegen, Kolleginnen! Vorwärts zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau. Beantwortet den Lohnraub mit der Verschärfung des revolutionären Massenkampfes gegen die Brüning-Diktatur und ihre sozialfaschistischen Lakaien.“

In der Diskussion gaben Vertreter aller entscheidenden Großbetriebe Zustimmungserklärungen ab.

Das Zentralkomitee der RPD. und auch die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der Partei überbrachten der Konferenz heiße Kampfgrüße der Kommunistischen Partei.

an Hand dieses Stabes den Betrag aufzuzeigen, den die Geistlichen und ihre Auftraggeber, die Zentrumskapitalisten, mit dem arbeiten-den Volke treiben, damit auch sie, wie es schon Hunderttausende von katholischen Arbeitern getan haben, sich ebenfalls einreihen in die Front der Erkämpfung eines besseren Diesseits an Stelle des sogenannten Jeneseits, das ihnen vom Zentrum verheißen wird.

Wie die Regierung hilft

90 000 Mark Hochwasser-„Hilfe“

Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, als erste Rate zur Behebung der Hochwassergefahren den Betrag von 90 000 Mark zu bewilligen. Und zwar soll dieser Betrag für Nieder- und Oberschlesien sein und zu Dammreparaturen verwendet werden. Dieser Betrag, der angesichts der riesigen Zerstörungen als direkt lächerlich bezeichnet werden muß, wurde auf Antrag des Ministers des Innern, des Herrn Seering, beschlossen. Nach diesem Antrag läßt sich schon heute deutlich voraussagen, daß wir wiederum keine Befreiung erleben, wenn wir schreien, daß die Regierung um eine ernsthafte Hilfe gar nicht denkt. Wenn schon bei den allernotwendigsten Maßnahmen eine solche Art „Sparsamkeit“ in Erscheinung tritt, ist nachher vorauszusagen, wie es mit der Hilfe ausfallen wird, die von den vielen Tausenden Klein- und sonstigen wertvollen Schichten erhofft wird.

Wie in der Vergangenheit wird auch diesmal die Regierung entweder nur Hohn oder im günstigsten Falle ein paar Beilebensmittel übrig haben. Um so notwendiger ist es, daß alle Betroffenen nicht erst warten, bis sie durch die Regierung von der Möglichkeit unserer Voraussagen überzeugt werden, sondern sich ungehindert zur Erkämpfung ausreichender Hilfe zusammenschließen, denn nur auf diese Weise besteht Aussicht, daß sie nicht völlig leer ausgehen.

Erneute Androhung der Diktatur

Brüning holt sich bei Hindenburg die Zustimmung zur Ausschaltung des Reichstages

Wie aus Berlin heute gemeldet wird, erstattete Brüning gestern Hindenburg Bericht über die politische Lage. In der Hauptsache handelte es sich dabei um die Frage, ob bei Durchführung des Hungerprogramms unter allen Umständen die Mitwirkung des Reichstages notwendig sei und ob beim Verlangen des Reichstages der Verordnungsweg (d. h. die Diktatur) in Frage kommt.

Hindenburg soll dabei betont haben, daß er zwar gewisse Bedenken habe, jedoch würde er sich dem Befehl der Stunde nicht verschließen. In einfachem Deutsch übertragen heißt das natürlich nichts anderes, als daß Brüning sich schon jetzt die Zustimmung verschafft hat, sein Hungerprogramm durch die Diktatur zur Durchführung zu bringen.

Wieder 130 Kumpels vom Tode bedroht

In einer Kohlengrube bei Mülfeld im Staate Ohio ereignete sich am Mittwoch eine schwere Schlagwetterkatastrophe. Die Schlagwetterkatastrophe ereignete sich in der Grube 56 der Creel Coal Co., etwa 60 Meter unter Tage, in einem Schacht, in dem 300 Bergleute beschäftigt waren. 170 Bergleute konnten unverletzt gerettet werden, während die übrigen Verletzten, darunter der Grubenchef und drei höhere Beamte der Gesellschaft, noch eingeschlossen sind. Die Bergungsarbeiten werden durch einen Brand, der sofort nach der Explosion ausbrach, außerordentlich erschwert.

Auf der Unglücksgrube Mülfeld spielen sich vor der Grubenbahn herzerregende Szenen ab. Tausende von Angehörigen und Freunden verfolgen die verzweifelten Bemühungen der Rettungskolonnen, da wie die Direktion feststellte, insgesamt mehr als 130 Bergleute eingeschlossen sind. Die Bergungsmannschaften müssen ständig abgepflegt werden, da die Hitze im krennenden Stollen unerträglich ist. Die Hoffnung, die Beschäftigten lebend bergen zu können, ist sehr gering.

Brüning-Freunde als Steuerbetrüger

Geistliche und Zentrumskapitalisten fälschen Bilanzen zum Steuerbetrug

Aus Glatz, der auch über Schlessien hinaus bekannten Zentrumsdomäne, wird uns folgender Steuerhinterziehungsstand berichtet, der verdient, weiten Kreisen bekannt zu werden, um so mehr, als die an dem Skandal Beteiligten gute Freunde Brünings sind.

Das in Glatz erscheinende Zentrumsblatt, der „Glatzer Gebirgsbote“, wird in der Arneiusdruckerei hergestellt, eine Aktiengesellschaft lauter gut abgestempelter Brüning-Anhänger. Das Besondere der schwarzen Tintenfüllung hat sich nun so ertragreich erwiesen, daß sich eines Tages in den Geschäftsräumen zwischen den dort maßgebenden Herren und einem herbeigekommenen vereidigten Bücherrevisor eine Szene abspielte, über die uns folgende eideckeltattliche Darstellung des Revisors vorliegt:

„Als die erste Reichseinkommensteuerveranlagung für das Rechnungsjahr 1929 erfolgen sollte, wurde ich gegen 19 Uhr nach den Geschäftsräumen des „Gebirgsboten“ (Arneiusdruckerei) in der Wallstraße in Glatz gerufen.

Ich traf dort den Geschäftsführer, Aufsichtsratsmitglied, darunter Herrn Karl Rittner, Herrn Konetzki u. a. m. an, und es wurde mir erklärt, daß der Gewinn so hoch und die zu zahlende Steuer untragbar sei, ich solle den Gewinn verschwinden lassen. Mir wurden die Geschäftsbücher vorgelegt, und wies ich die Herren darauf hin, daß die von mir verlangte Arbeit eine Steuerhinterziehung sei, ich es ablehnen müßte, auch nur eine Zahl mit meiner Hand zu ändern. Darauf wurde ich gebeten, anzugeben, wie derartige Buchungen ausgeführt würden. Ich habe darauf die Buchungen auf den Hauptkonten durch Herrn Rittner in meiner Gegenwart ausführen und den Gewinn abbuchen lassen, die Bilanz berichtet, entsprechend den Abbuchungen.“

Nach dieser Darstellung liegt also ein regelrechtes Verbrechen vor, das von jenen Herren mit einer an Zynismus grenzenden Offenheit getrieben wurde. Und wer sind diese Herren, die so „gerne“ Steuern zahlen?

Das ist zunächst ein Pfarrer Rieger, Eheide bei Glatz.

Dieser Pfarrer ist Verwalter eines großen Klostergutes, das er andauernd vergrößert. Daß dadurch die Steuererträge wachsen, versteht sich von selbst!! Dieser Mann war Teilnehmer der geschilderten Szene.

Ein weiterer Aktionär ist der Stadtverordnetenvorsteher Kreisabgeordnete Fabrikbesitzer Hühnerfeld.

Bekannt ist dieser fromme Aktionär als ein ganz schlimmer Ausbeuter. Damit seine Arbeiter möglichst bald ins sogenannte bessere Jeneseits kommen, zahlt er Hungerlöhne von 10-12 Mark die Woche. Dafür ist er aber bei Brüning gut angesehen, und als dieser vor der Reichstagswahl in Glatz u. a. für die Regiersteuer warm eintrat, empfing er in der Druckerei seinen Freund mit folgenden herzlichen Worten: „Wie geht's, mein lieber Hühnerfeld?“

Dann gehört zu dieser Gesellschaft von Steuerbetrügern noch ein weiterer Fabrikbesitzer namens Ruffert, und ebenso ist noch eine große Anzahl von Kollegen des zuerst genannten Pfarrers Rieger an dieser „feinen“ Aktiengesellschaft beteiligt. Wir haben also hier das „erhebende“ Schauspiel, daß ein ganzer Kreis von Menschen als Steuerbetrüger entlarvt ist, der sich zu den ausgesprochensten Anhängern der Steuerraubpartei Brüning's bekennt.

Dieselben Leute, die es nicht einmal fertig brachten, bei glänzenden Profitten die festgesetzten Steuern zu bezahlen, lassen ihre Tintenfüllung Tag um Tag sich die Finger wundschreiben gegen die Kommunisten, weil diese die Moral und guten Sitten angeblich untergraben sollen. Und nicht nur in der Zeitung lassen sie hehen, sie beteiligen sich in aktiver Weise selber an dieser Deke. Sie verdammen Arbeiter, die nicht imstande sind, bei den Hungerlöhnen ihre Steuern zu zahlen und deshalb dagegen kämpfen. Aber eines wollen wir dieser schwarzen Betrügergesellschaft gern bescheligen. So wie diese sich hier entlarvt haben, so ist das ganze Zentrum, soweit es repräsentiert wird von den katholischen Kapitalisten und ihren treuesten Knechten, den Pfaffen. Nur kommt es nicht alle Tage vor, daß die Betrüger so eindeutig demaskiert werden, wie das in diesem Falle geschehen ist.

Aufgabe unserer Genossen ist es nun, den katholischen Arbeitern

Der Massenmord an den Kumpels vor dem Landtag! Gestern standen die Grubenkatastrophen auf der Anklagebank im Landtag. Unsere Genossen Wollweber und Sobottka führten dort den schlüssigen Nachweis ihrer Schuld. Wir werden morgen beide Anklagereden auf eine besondere Seite bringen und wir machen es den Genossen in den Bergrevieren zur Pflicht, für Massenverbreitung dieser Neben Sorge zu tragen.

Proletarische Mütter — auch geht das an!

Im Haushaltsplan der Brüning-Regierung für das Jahr 1931 wird ein ungeheurer Anschlag auf die Lebenslage der werktätigen Frauen verübt. Der bisherige Reichszuschuß von 15 Millionen Mark für die Wochenhilfe ist in Wegfall gekommen. Das bedeutet, daß die lumpigen 50 Pfennig Familienwochenhilfe pro Tag und 25 Pfennig Stützgeld in der Zukunft auch noch verschwinden. Die bisher eingesehtene eine Million Mark für Kinderheime ist ebenfalls gestrichen worden.

Eine Zukunft des Hungers und der Verzweiflung steht den werktätigen Frauen bevor. Die proletarischen Mütter sind mit ihren Kindern noch größerem Elend, noch grauenhafterer Not preisgegeben.

20 000 Selbstmorde jährlich — 40 000 Opfer des Schandparagrafen 218 jährlich,

das ist die Blutbilanz des heutigen kapitalistischen Herrschaftssystems. Nur Hohn und Spott hat die kapitalistische Gesellschaft für die Arbeiterfrauen und -kinder übrig.

Für das zwölfte Kind eine Kaffeetasse" bekommt du, proletarische Mutter, von dem Reichspräsidenten Hindenburg.

Wir bedanken uns für diese „Großzügigkeit“. Werden denn die Arbeiterkinder von einer Kaffeetasse satt — oder brauchen die Kranken und unterernährten Kinder nicht Milch und Gemüse? Braucht man sich zu wundern, wenn der Geburtenrückgang gerade in Deutschland am stärksten ist? Die Bourgeoisie verlangt wohl von den Arbeiterfrauen, daß sie Kinder gebären sollen, aber sie tut nichts dafür, um die Mütter und Kinder vor Hunger, Not und Krankheit zu schützen. Im Gegenteil, alle Maßnahmen der Regierung dienen der weiteren Verelendung der werktätigen Bevölkerung.

Die Regierung sagt: es muß gespart werden. Aber gespart wird nur auf Kosten der Armen und Unterdrückten. Während man die proletarischen Mütter und Kinder der letzten, notdürftigsten Unterstützung beraubt, bewilligt man gleichzeitig

für den Bau von Panzerschiffen 50 Millionen Mark jährlich bis 1936.

Gibt es einen besseren Anbauungsunterricht für die werktätigen Frauen als dieses Kriegs- und Hungerprogramm der halbfaschistischen Brüning-Regierung, um zu erkennen, daß es notwendig ist, den geschlossenen Kampf gegen diese Ausbeutergesellschaft zu führen bis zu ihrem Sturz und zur Errichtung eines Sowjetdeutschlands?

Die werktätigen Frauen erkennen immer mehr, daß von der kapitalistischen Regierung nichts „Gutes“ zu erwarten ist und sind bereit, Schulter an Schulter mit den Männern den Kampf für ihre Forderungen zu führen.

Der 2. Reichstagskongreß werktätiger Frauen am 22./23. November in Berlin mobilisiert und organisiert die werktätigen Frauen zum Kampf:

Gegen die brutalen Maßnahmen der Brüning-Regierung! Für ausreichenden Schutz für Mutter und Kind:

Das sind Schwangerenfürsorgestellen, Schwangeren- und Entbindungsheime, gesunde Wohnungen für Mutter und Kind, unentgeltliche Kinderkrippen und Kindergärten, Beratungsstellen für fürsorgereiche und ärztliche Beratung.

Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen:

Das bedeutet Befreiung von der Arbeit zwei Monate vor und zwei Monate nach der Entbindung, bei Weiterzahlung des vollen Lohnes; für Familienwochenhilfe 3 Mark täglich und 1 Mark Stützgeld; Kündigungsverbot vor und nach der Niederkunft; Beseitigung des Nordparagrafen 218.

Der 7. November in der Sowjetunion

Ein Tag des Kampfes und des Sieges

In der ganzen Sowjetunion werden die letzten Vorbereitungen für die Siegesfeier der Oktoberrevolution am 7. November fiebershaft getroffen.

In Moskau sind 40 Agitationsbrigaden aus Künstlern, Zeichnern, Malern gebildet worden, die die Lofungen und Kampfpascholen des Sowjetproletariats in wirkungsvoller Weise manifestieren werden. Der 7. November wird nicht allein ein Feiertag, sondern auch ein Kampftag sein. Fast alle Betriebe haben im sozialistischen Wettbewerb gerufen, um am 7. November die größten und besten Produktions-erfolge zu verzeichnen. Prärien für Kulturzwecke sind von einzelnen Betrieben ausgehört worden.

„Lud“, das große Gewerkschaftsblatt in der Sowjetunion, berichtet, daß bereits zehn Rabons für die beschleunigte Ablieferung von Getreide und die schnelle Durchführung der Winterjaatlampagne Kandidaten für die ausgelegten Prämien der leitenden Instanzen geworden sind. 8000 Rubel für Kulturzwecke sind vom Ackerbau-Kommissariat ausgehört.

Die Elektrostationen von Briansk, Saratow und Rischni Kotschorod sind zum 7. November in den sozialistischen Wettbewerb getreten. Das Ziel ist die Organisierung von Stoßbrigaden für den sozialistischen Aufbau.

Aber der 7. November wird nicht nur ein Jubeltag sein, sondern auch ein Arbeitstag. Zahlreiche Stoßbrigaden, besonders unter den hochqualifizierten Arbeitern, werden auf anderen Werken, wo solche Arbeiter nicht so stark vorhanden sind, arbeiten. Das allunionsweite Komitee der Bergarbeiter hat einen Aufruf erlassen, am 7. und 8. November rote Tage zu organisieren, um die Mechanisierung der Kohlenförderung zu beschleunigen. Die notwendigen Reparaturen, Instandhaltungen müssen durchgeführt werden. Einzelne Schachtanlagen haben dementsprechend bereits beschlossen, am 7. und 8. November zu arbeiten. Die Metallarbeiter von Charkow werden am 7. und 8. November in den Kohlenbetrieben an der Mechanisierung der Kohlenförderung arbeiten.

So wird der Tag der Oktoberrevolution in der Sowjet-

„Erfüllungspolitik auch im Dritten Reich“

Rebellierende SA.-Proleten fordern Rechenschaft von Goebbels Unbefriedigende Antworten und Selbstentlarvung der Nazi-Führer

Berlin, 5. November. (Eig. Bericht.)

Am Montag fand in der Bodbrauerei, Fildierstraße, eine vertrauliche Versammlung der Berliner Sturmabteilungen der Nazis statt, die auf Drängen

Arbeiter den arbeiterfeindlichen Charakter der Nazi-Politik immer mehr durchschauen.

Die Frage des Streiks spielte eine große Rolle. Die Nazi-Arbeiter wollten angesichts der Erklärungen Major Wagners vor den faschistischen Industriellen, daß sich die NSDAP, nur gezwungenem Maße am Metallarbeiterstreik beteiligt habe, weil ihr sonst die Arbeiter weggelaufen wären, wissen, wie sich die Nationalsozialisten zu den Gewerkschaften und zu den Streikbewegungen der Arbeiter grundsätzlich verhalten. Goebbels vermied eine direkte Antwort und erklärte nur gnädigst, daß auch im „Dritten Reich“ das Streiken erlaubt sein werde, und setzte hinzu, daß die Arbeiter bevorzugt (1) würden. Die Nazi-Arbeiter erkennen daran, daß nach den Aussagen ihres Führers Goebbels auch im Dritten Reich das A u s b e u t e r s y s t e m beibehalten werden soll.

Eine offene Selbstentlarvung der Nazi-Führer brachte die Antwort Goebbels auf die Frage, wie sich die Nazis zur Erfüllungspolitik im Dritten Reich stellen. Er erklärte unumwunden, daß sie auch dann Erfüllungspolitik treiben müßten, wenn Regen würde sie davon abwaschen.

Während Goebbels in der Versammlung im Friedrichshain, in der der Genosse Heinz Neumann sprach, mit gespielter Entrüstung erklärte, er würde niemals Minister werden, entwickelte er dann dort frisch weg sein „Programm“ für den Fall, daß er Innenminister (1) wird.

Er führte aus: „Wenn ich von einer Zeitung angegriffen würde, so müßte die SA. zu der betreffenden Zeitung hingehen und den Redakteuren je einen Liter Rhinatusöl zu trinken geben. Ich würde als Minister schon dafür sorgen, daß die Polizei erst eine halbe Stunde später käme, wenn alles vorbei wäre.“

Der „kommunistische Terror“, so heßte er weiter, würde erst gebrochen, wenn etliche von diesen Leuten um die Ecke gebracht wären. Goebbels versucht immer wieder, die Nazi-Proleten gegen revolutionäre Arbeiter aufzuheken.

Ueber finanzielle Fragen der SA. zu sprechen, lehnte er ab. Er erwähnte die Verammelten, die Vorgänge in der Versammlung als vertraulich zu behandeln. Wer der „Roten Fahne“ einen Bericht gebe, solle sich vorher in die Lebensversicherung einkaufen.

Bemerkenswert war, daß die Schutzstaffeln in dieser Versammlung überhaupt nicht in Erscheinung traten und offenbar nicht anwesend waren.

Die Nazi-Arbeiter müssen aus den Vorgängen der SA.-Konferenz und den Ausführungen Goebbels von neuem erkennen, wie sie mißbraucht, verhöhnt und genarrt werden. Es ist Zeit, daß sie energig Rechenschaft von ihren verräterischen Führern fordern.



Hungersteuern

SPD. und Nazis — sie ziehen an einem Strang

empörter SA.-Leute erzwungen wurde und in der Goebbels Rechenschaft über eine Reihe von Fragen der nationalsozialistischen Politik den SA.-Leuten geben sollte. Angesichts der erregten Stimmung wagte Goebbels nicht, eine Rechtfertigungsrede zu halten, sondern beschränkte sich darauf, schriftlich gestellte Fragen zu beantworten.

Schon aus der Fragenstellung geht hervor, daß die Nazi-

Das wagt der „Vorwärts“

„Genosse Zörgiebel, der in den einstweiligen Ruhestand tritt, gewiß aber bald einen seinen hohen Verdiensten und Fähigkeiten entsprechenden Wirkungskreis finden wird, hat sich während der Jahre seiner Berliner Wirksamkeit in den weitesten Kreisen der Berliner Bevölkerung A c h t u n g und S y m p a t h i e erworben. Wer sein Wirken von der Nähe zu verfolgen Gelegenheit hatte, weiß, daß M e n s c h l i c h k e i t und der W i l l e zu h e l f e n und z u s c h ü z e n, stets seine leitenden Gesichtspunkte waren. Dank und beste Wünsche aller vernünftigen und anständigen Berliner werden ihn in seine neue Tätigkeit begleiten.“

(„Vorwärts“, 5. November 1930.)

33 Maitote, von Balkons heruntergeschossen, in Hausfluren, in ihren Wohnungen niedergeknallt! Hunderte Niedergeknüppelte, zu Krüppeln Geschlagene, bestialisch Mißhandelte! Das ist sozialdemokratische „Menschlichkeit“! „Dank und beste Wünsche“ — der Zörgiebel mag sie bei den Witwen und Waisen der von seiner Polizei Erschlagenen einkassieren!

Sozialdemokratische Arbeiter erklären:

„SPD. ist keine Arbeiterpartei“

Manheim, 5. November. Die schwarzrote Koalitionspolitik in Baden, deren ganzer Inhalt seit Jahren nichts anderes ist als eine dauernde Kette von arbeiterfeindlichen Handlungen, bei denen die SPD.-Führer die bewußten Zutreiber des Zentrums sind, hat in der Mitgliedschaft der SPD. die schon lange bestehende Empörung zur offenen Krise entfacht.

Nach dem 18. Oktober und in der Wahlbewegung zu den badischen Gemeindevahlen mehrten sich die Uebertritte langjähriger Funktionäre der SPD. zur Kommunistischen Partei. In Dossenheim bei Heidelberg gründete die KPD. eine neue Ortsgruppe, der 23 Arbeiter sofort beitraten, darunter auch drei sozialdemokratische Arbeiter. Einer derselben erklärte, daß die SPD. keine Arbeiterpartei mehr ist, und forderte alle sozialdemokratischen Arbeiter auf, in die Partei der Revolution, die KPD., einzutreten.

Auch die Aufstellung der Kandidatenlisten zur Gemeindevwahl zeigen die innere Krise sehr deutlich auf. So lehnten

Auhtumpels rüsten zum Kampf

Essen, 5. November. Die Bergarbeiter der Ruhr stellen dem Vorschlagsplan der Zehnkönige ihre unentwegte Kampfentschlossenheit entgegen. Im ganzen Ruhrgebiet finden anberaumte Belegschaftsversammlungen auf den einzelnen Schachtanlagen statt. Unter Führung der KPD. werden alle Vorbereitungen zum Kampf getroffen. Zu den schon gewählten vorbereitenden Kampfausschüssen sind sechs weitere auf der Schachtanlage Königsgrube und Rülke, auf den Zechen Holland, Dahlbusch, Pludo-Wilhelm und Friedrich-Heinrich gewählt. Der Verrat an den Berliner Metallarbeitern, die Erfassung des Nordw-Kampfes, der Arbeitermord in Alsdorf und Maybach haben den Bergarbeiter die zwingende Notwendigkeit der breitesten Mobilisierung für den Kampf um Selbstbestimmung und Selbstbehauptung bewiesen.

in Weinheim acht bisherige Stadtverordnete eine Wiederwahl ab, weil sie die Politik der SPD., vor allem ihre Zustimmung zur Brüning-Diktatur, nicht mehr vertreten können. Diese Mitglieder der SPD. erklärten, sie wollten sich von den Arbeitern nicht mehr den Verrat ihrer Führer vorwerfen lassen, ohne daß man darauf etwas erwidern könne. Die Behauptungen der Kommunisten über die verräterische Politik der SPD. entsprächen vollkommen den Tatsachen.

In Säckingen ist das Bürgerauschuhmitglied der SPD., Josef Baumgartner, zur neugegründeten Ortsgruppe der KPD. übergetreten. Er ist führender Funktionär der SPD. in Säckingen gewesen.

Ebenso ist ein anderer führender Funktionär der SPD. in Säckingen, Otto Korn jun., mit einer längeren Erklärung übergetreten. Er stellt in dieser Erklärung u. a. fest, daß die SPD. die Schrittmacherin der Reaktion sei. Ausschlaggebend für seinen Uebertritt war besonders die Haltung der sozialdemokratischen Presse gegenüber dem einzigen Arbeiterstaat der Welt, der Sowjetunion.

Die SPD.-Arbeiter erkennen immer mehr die Verbundenheit der SPD.-Führer mit der Bourgeoisie. In Baden, wo schon seit 1919 die SPD. mit dem Zentrum luhandelt und in der Regierung sitzt, tritt diese Erkenntnis besonders in Erscheinung.

Auto fährt in nationalsozialistische Marschkolonne

Hamborn, 5. November. Gestern fuhr ein mit drei Personen besetzter Kraftwagen auf der Straße Dinslaken nach Hamborn in eine Kolonne von etwa 60 Nationalsozialisten hinein. Sieben Nationalsozialisten wurden schwer verletzt.

Die übrigen Nazis fielen über die drei Insassen des Kraftwagens her und verprügelten sie. Der Führer des Kraftwagens gab bei seiner Vernehmung an, daß er die Kolonne nicht bemerkt hätte.

Rund um den Erdball

Direktoren der Deutschen Bank als Schmuggler?

Sekt und Kaviar über die Grenze geschoben — Kurier schmuggeln mit amtlichen Ausweisen

Berlin, 5. November. Das Ermittlungsverfahren des Staatsanwalts gegen die leitenden Direktoren der Deutschen Bank fördert immer skandalösere Tatsachen zu Tage. Jetzt hat auch ein früherer Angestellter der Deutschen Bank Strafanzeige wegen Steuerhinterziehung, Kapitalverschlebung und Zollvertragsverstöße erstattet. Das Reich soll um mehrere Millionen Mark geschädigt worden sein.

Als Leiter der Abteilung Auslandsvertretung hatte der Angestellte etwa 150 Kurierreisen nach Amsterdam zu machen. Für diese Reisen wurde sehr oft ein Kurierausweis des Auswärtigen Amtes oder der deutschen Gesandtschaft im Haag benutzt.

Die Reichsbank scheint ebenfalls in die Betrügereien der Direktoren der Deutschen Bank verwickelt zu sein. Es heißt nämlich in der Anzeige:

„Wenn aus irgendwelchen Gründen besondere Gefahr an der Grenze bestand, dann mußten auch die Reichsbank-Kurier, die jede Woche fahren, herhalten.“

Wir wissen nicht, was die Kurier der Reichsbank aus Amsterdam mitbrachten. Aber der eigene Kurier der Deutschen Bank schmuggelte im Auftrage der Direktoren wertvolle Teppiche, echte Zigarren, französischen Cognac, Sekt, englische Stoffe usw. unverzollt über die Grenze bei Bentheim.

Vor allem an den Geburtstagen des Direktors Millington-Hermann und vor Feiertagen sollen große Schiebertransporte in seine Wohnung gebracht worden sein.

Das Reisegepäck hatte oft einen solchen Umfang, daß dafür zwei Abteile in Anspruch genommen werden mußten.

Die Giftmischerin von Schwabmünchen

Sensationsprozeß in Augsburg

Augsburg, 5. November. Gestern vormittag begann vor dem Schwurgericht der Nordprozeß gegen die 53jährige Frau Magdalena Luzenberger wegen zwei vollendeter und fünf versuchter Morde.

Ihre Giftmordversuche im Hause des Justizobersekretärs Schropp sind, wie die Anklage behauptet, als Rache zu deuten, denn Frau Luzenberger war nach ihrem Konkurs entmündigt worden und machte den Justizobersekretär Schropp, der mit der Durchführung des Verfahrens betraut war, für die Entmündigung verantwortlich. Den Anschlag auf ihre eigenen Kinder soll Frau Luzenberger deshalb verübt haben, weil ihnen von den Großeltern Legate ausgesetzt waren, in deren Besitz Frau Luzenberger selbst gefangen wollte.

Bestialischer Mord eines Heimwehrführers

Seine schwangere Frau erstochen

Zellerndorf (Österreich), 6. November. In Waghelsdorf bei Zellerndorf hat der Ortskommandant der Heimwehr Johann Schnatter im Verlauf eines Streites seine hochschwangere Frau mit einem Dolchmesser nieder-

Als bei einer Auseinandersetzung der Eheleute die Frau dem Manne widersprach, rannte Schnatter in das Schlafzimmer, ergriff einen Dolch und stürzte sich mit dem Ruf: „Du mußt hinwerden!“ auf die Frau und versetzte ihr 9 Stiche in Brust und Unterleib. Die Ueberfallene flüchtete blutüberströmt auf die Straße, wo sie ohnmächtig zusammenbrach. Schnatter lief ihr nach und brachte ihr noch einige Stiche in die Herzgegend bei. Der Zustand der Frau ist hoffnungslos.

Die Bestialität dieses Mordes kennzeichnet die blutrünstige Verfassung, in der sich die österreichischen Faschisten befinden.

Wahrscheinlich wird die Deutsche Bank versuchen, diese Anzeige als Racheakt eines früheren Angestellten auszugeben. Wir halten dem schon heute gegenüber, daß sie mit ihrem ehemaligen Kurier

ausführliche Verhandlungen geführt hat und ihm zur Gründung einer Existenz 5000 Mark sowie umfangreiche Aufträge für sein Geschäft angeboten hat.

Der Führer der Berliner Nationalsozialisten, Goebbels, sucht in seiner Tageszeitung die ganze Geschichte in eine Judenhexe umzudrehen. Bekanntlich ist ja einer der Direktoren der Deutschen Bank, Dr. von Stauff, der intime Freund von Goebbels. Es ist daher kein Wunder, wenn Goebbels es jetzt mit der Angst zu tun bekommt und sich schützend vor das Direktorium der Deutschen Bank stellt.

Die Verbrechen des Käsepropheten Weisenberg

An seinen Rezepten starb ein Mann, ein Kind verlor das Augenlicht

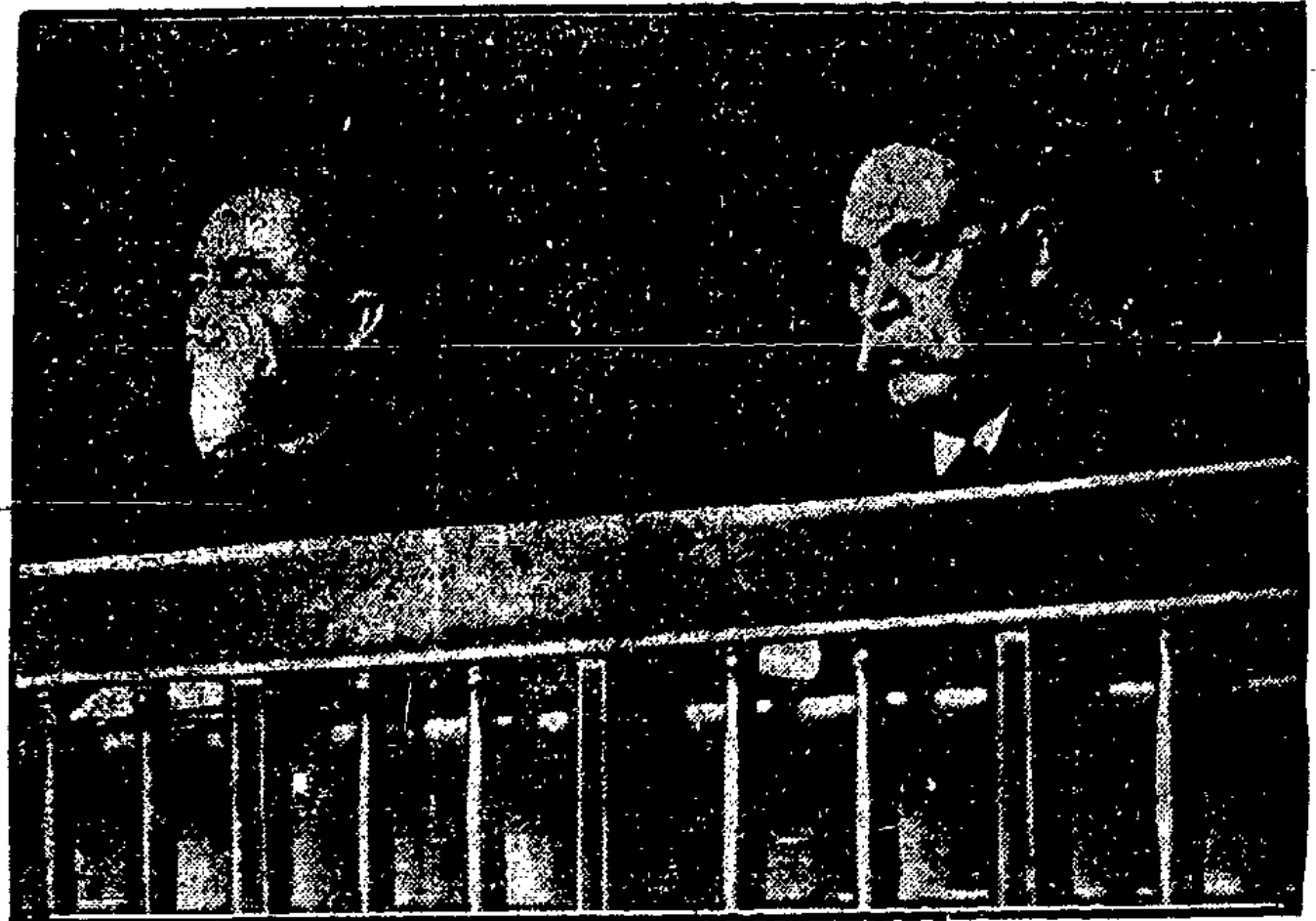
Wegen fahrlässiger Tötung stand am Dienstag der schwarzweihrote „Prophet“ Weisenberg vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Durch Behandlung mit gefälschtem weißen Käse erblindete die 18 Monate alte Hildegard Hennicke aus Hohenfinow. Auch der Drogist Bernicke wurde ein Opfer dieses deutschnationalen Wunderdoktors. Durch falsche Behandlung eines Gurunkels starb dieser an Blutvergiftung.

Weisenberg wurde von der Anklage auf fahrlässige Tötung des Drogisten Bernicke freigesprochen. Wegen fahrlässiger Körperverletzung an Hildegard Hennicke wurde er zu der lächerlich geringen Strafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Ungewöhnlich starker Andrang herrschte vor dem Gerichtsgebäude. Weisenberg hat ein bewegtes Leben hinter sich. In seiner Jugend war er Schafhirt, lernte dann Maurer, war Kellner, Diener, Chauffeur und zuletzt Gastwirt. „Schon als 11jähriger“, erklärt er wichtig, „erschien mir Jesus und sagte mir, ich solle Geistlicher werden.“ Seine Heilbehandlung besteht darin, daß er die Hände auf die kranken Körperteile legt. Dazu verordnet er Wasserluppe mit Brot und Salz. Vor allem aber hat es ihm der weiße Käse angetan, den er für alle möglichen Heilzwecke verwandte und dem er durch ein Vaterunser würzte.

Auf diese Weise behandelte er auch die entzündeten Augen der kleinen Hilde, die sich infolgedessen heute in einem schrecklichen Zustand befindet. Sie hat Froschaugen und ist vollkommen erblindet.

Dieser verbrecherische Pro-



Der Prophet Weisenberg (rechts) auf der Anklagebank

Das Hochwasser steigt noch

Schwere Sturmschäden in Deutschland, Böhmen und Frankreich

Berlin, 5. November. Das Hochwasser der letzten Tage hat in ganz Europa schwere Schäden angerichtet. In Frankfurt an der Oder, wo das Hochwasser erst in der letzten Nacht seinen Höchststand erreicht hat, ist großer Schaden angerichtet worden. In Schlesien ist gestern die Hochwassergefahr erschreckend gewachsen. Große Landstrecken mit Winterfaat sind völlig vernichtet. Die Dämme bei Ruffen und Modritz sind teilweise eingesenken.

Auch am Rhein, an der Mosel und an der Lahn ist die Hochwasserflut weiter angeschwollen. In Belgien sind

die Schelde und die Maas über die Ufer getreten. Bei Maastricht sind die Kellerräume und sogar die unteren Stockwerke überschwemmt. Weiße Landstrecken Luxemburgs an der belgischen Grenze sind vom Wasser überflutet.

Schwere Stürme haben vor allem in den Sübprovinzen Frankreichs großen Schaden angerichtet. Gärten und Weinberge in der Umgegend von Bordeaux wurden verwüstet. Mehrere Schornsteine stürzten ein, Häuser wurden abgedeckt, die Stadt lag infolge Zerstörung der Lichtleitungen vollkommen im Dunkeln. Der Telephon- und Telegraphenverkehr mit dem Südwesten Frankreichs ist unterbrochen.

Die Waldbestände Böhmens sind von so schweren Unwettern heimgesucht worden, daß in zahlreichen Revieren 50 Prozent des gesamten Waldbestandes vernichtet wurden.

Im Riesengebirge ist der Hochwald streckenweise niedergefallen. Man schätzt, daß 350 000 Kubikmeter Waldbestand mit einem Wert von über 4 Millionen Mark ein Opfer des Sturmes geworden sind.

Do X gestartet

Nachdem der Abflug des Riesenflugbootes Do X mehrere Male verschoben wurde, ist es gestern früh 8 Uhr zu seinem großen Europaflug aufgestiegen. Die Besatzung besteht nur aus 14 Mann: Passagiere wurden zu diesem Europaflug nicht mitgenommen.

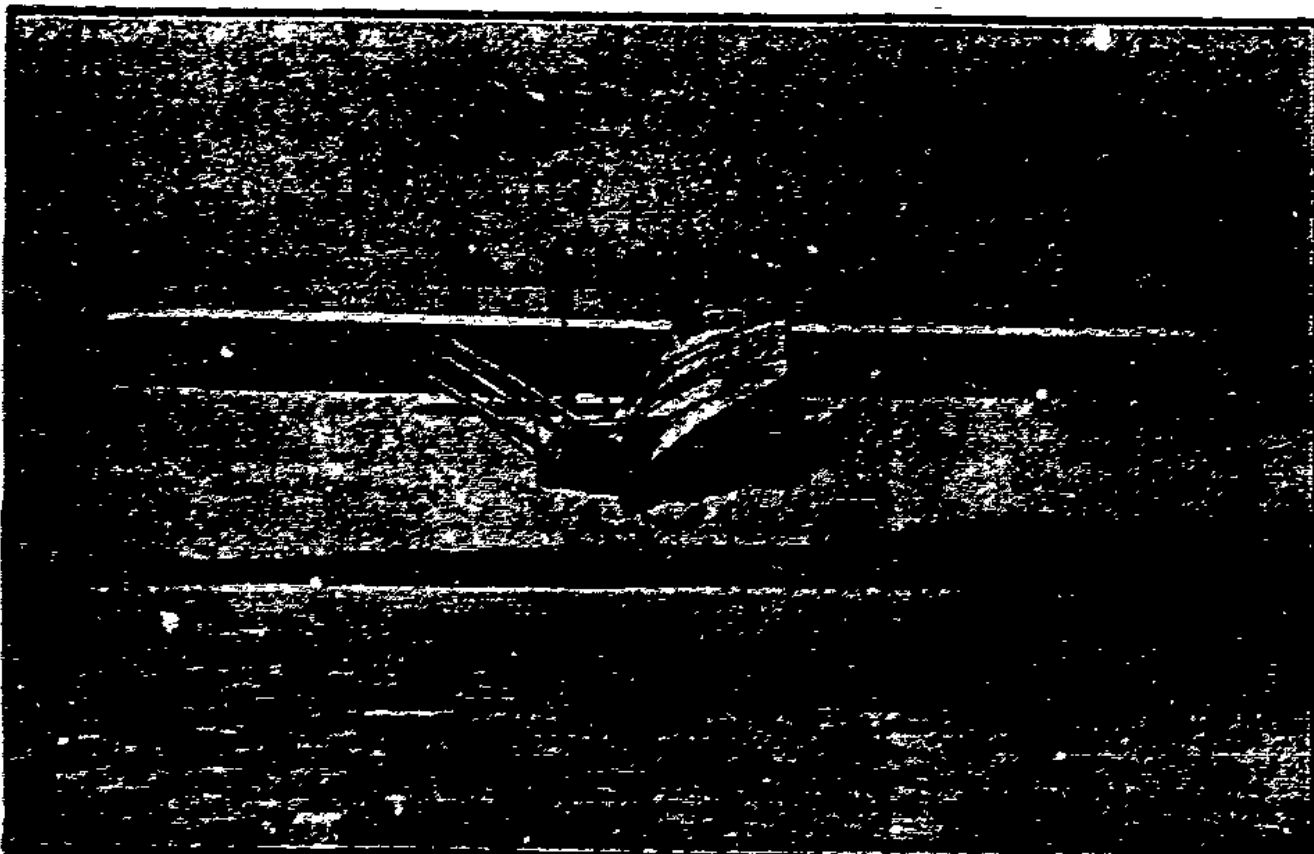
Ratte verdunkelt eine Stadt

In den Dellschalter geklemmt

Wohlt, 5. November. In der Transformatorstation der Glenderwerke hatte sich Dienstag abend eine Ratte eingeschlichen, die sich am Relaischalter des 10 000-Volt-Dellschalters zu schaffen machte. Durch die Hemmung des Relais wurden die Transformatoren überlastet, das Del zum Sieden und schließlich zum Explodieren gebracht. Das Städtchen Wohlt blieb durch das „ordnungswidrige“ Verhalten der Ratte, die bei der Explosion umkam, fast zwei Stunden ohne Licht.

Eckener Nachfolger Mansens

Berlin, 5. November. Am Mittwoch wurde Eckener vom Vorstand und dem Forschungsrat der Aeroarkit einstimmig als Nachfolger des verstorbenen norwegischen Polarforschers Mansen zum Präsidenten gewählt.



Waldenburger Bergland

Revolutionstheater in Waldenburg

bestehend aus „Politische Revue“, gespielt durch „Kolonne Sturm“, Ansprache, musikalische und sonstige Einlagen.

Freitag, den 7. November, 19 Uhr, im „Ebelstein“.

Eintritt: Erwerbslose, Frauen und Jungmänner 20 Pfennig, Vollarbeiter 50 Pfennig.

Revolutionstheater in Nieder-Salzbrunn

am Sonntag, dem 8. November, 20 Uhr im Gasthof „Zum Reher“. Eintritt: Erwerbslose 20 Pfennig, Vollarbeiter 40 Pfennig. Karten bei allen Funktionären zu haben. Vertätigte, besorgt euch rechtzeitig eine Karte. Erscheint in Massen!

Kommunistischer Jugendverband auch in Hermsdorf

Die Gründung eines kommunistischen Jugendverbandes ist auch in Nieder-Hermsdorf vollzogen. In der Gründungsversammlung wurden 14 junge Arbeiter ausgenommen. Seitdem sind schon wieder mehrere gefolgt, darunter zwei ehemalige S.A.-Genossen. Jungarbeiter, her zu uns, zum Kampfe im Geiste Lenins, für den Sozialismus. Eine bereits stattgefundene öffentliche Berufsschüler-Versammlung zeigt, daß die junge Ortsgruppe aktiv ist.

Oberes Revier

Sonntag, den 9. November, 19 Uhr

spielen im Hotel „Blau auf“ die „Roten Trommler“, Breslau, zur Revolutionstheater.

Die stets, führen die „Roten Trommler“ ein ausgezeichnetes Programm durch. Da um 18 Uhr Saalöffnung ist, hat jeder Genosse und Vertätigte Gelegenheit, sich rechtzeitig einen Platz zu sichern. Die kommunistische Jugendkapelle wird in den Pausen konzertieren.

Die Genossen rechnen bis spätestens Sonntagabend ab ihre Programme beim Hauptkassierer ab. Die Ortsgruppe Gottesberg der K.P.D. ladet hiermit alle Vertätigten ein, diese Feier zu besuchen.

Gewerkschaftsbürokraten verzichten auf Lohnerhöhung

Am Sonntag fand in Rothendach eine Zahlstellenversammlung vom O.V.B. statt. Zur Tagesordnung, Punkt 3, nahm der Kommunistenfreier und gebürtige Russe Denker das Wort über die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland. Er verzog auf zu zeigen, daß die Verelendung der Lumpen nur mit Hilfe der S.P.D. („Ruhe und Besonnenheit“) zustande gekommen ist. Da die Unternehmer vom Waldenburger Revier den Lohnsatz nicht gekündigt haben, so hielt es die Bezirksleitung auch für zweckmäßig, nicht zu kündigen, d. h. auf Lohnerhöhung zu verzichten.

Genosse Klein rechnete mit diesem Vorhaben ab, wurde aber gleich bei den ersten Worten durch Zwischenrufe vom Hauptkassierer der Zahlstelle, Kleinwächter, unterbrochen. Die weitere Diskussion ergab, daß auch die S.P.D.-Arbeiter mit der reformistischen Politik nicht einverstanden sind.

Das Schlusswort des Bürokraten Denker war nur eine wüste Rede gegen K.P.D. und S.P.D. Mit bewußten Lügen versuchte er die roten Betriebsräte herunterzureißen. Auf einen Zuruf vom Vorgesetzten Klein: „Rotgardist in Kugelland!“ Diese Frage wäre an die Adresse von Röhle u. Co. angebracht gewesen.

Das Referat war wieder ein Beweis, daß die Arbeiterführer nichts unternehmen, die Lage der Lumpen etwas zu bessern. Deshalb rufen wir auch zu, ob organisiert oder unorganisiert, allen, die ihr am Hungertuche nagt, ist „Schlegel und Eisen“, treten ein in die rote Einheitsfront der K.P.D.!

Friedland. Berichtigung. In dem Bericht von der letzten Stadterordnetenversammlung war uns ein Fehler unterlaufen. Bei der Abstimmung über unseren Antrag auf Erhöhung der Rente haben die Sozialdemokraten nicht dagegen gestimmt.

Königszell

Heraus zur Revolutionstheater!

Unsere diesjährige Revolutionstheater findet Sonntag, den 8. November, in der „Ara“ statt. Wir bitten alle Parteifreunde und Klassenbewußten Arbeiter, diese Veranstaltung zu unterstützen. Die Eintrittspreise sind äußerst niedrig gehalten, und zwar: Erwerbslose und Hausfrauen 40 Pf., Beschäftigte 70 Pf.

Schweidnitz

Streiflichter aus dem schlesischen Potsdam

Gleiche Brüder — gleiche Kappen. Das Bestreben der Privatunternehmer, alle Löhne und Gehälter abzubauen, läßt auch unseren kleinen Magistrat nicht ruhen. Auch er geht dazu über, in den städtischen Betrieben vorzuschlagen. So hat man am Freitag allen Angestellten des städtischen Elektrizitätswerkes die Kündigung über-

reicht, weil sie mit einem Lohnabbau nicht einverstanden waren; den Direktoren und höheren Beamten hat man nicht gekündigt.

Vertrauen für den Henegaten Rauer soll nach dem Bericht der „Dreiwacht“ die Belegschaft der städtischen Betriebe ausgesprochen haben. So ein handgreiflicher Schwindler. In der Versammlung waren von Hunderten von Mitgliedern des Verbandes nur knapp 30 anwesend, und abstimmen durften nur die getreuen Schächten Rauer. Nur weiter so, bald wird auch dem letzten städtischen Arbeiter ein Licht ausgehen.

Wir stehen vor. Die Zahl der Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus im schlesischen Potsdam steigt von Tag zu Tag und hat die ersten 50 überschritten. Jawohl, wir werden auf der Wacht sein. Noch fehlen aber viele. Genossen, heran an die Werbung!

Vorausgabe. Am Freitag, dem 14. November, findet in der „Stadt Breslau“ eine Vollversammlung der Schweidnitzer Erwerbslosen, Pflichtarbeiter und Ausgesteuerten statt. Wichtige Tagesordnung. Genossen, Kollegen, heran an die Vorbereitung.

Achtung! Genossen, Kollegen, habt ihr schon Karten zu unserer Revolutionstheater am 8. November. Sorgt für Massenbesuch. Beginn pünktlich 19,30 Uhr in der „Stadt Breslau“. Reichhaltiges Programm.

Vollenhainer Stadtparlament unter Faschistendiktatur

Genosse Hiller erhält zwei Ordnungsrufe und wird aus der Sitzung gewiesen

Vergangenen Donnerstag fand in Vollenhain eine Stadtverordnetenversammlung statt, die sich mit 14 Tagesordnungspunkten befaßte. Punkt 3 bis 5 waren Klassenprüfungen, die zur Kenntnis genommen wurden. Punkt 6 Steuernachhebung für Staatsfälle 1929. Neue Vorschläge wurden nicht eingebracht, die in der vorigen Sitzung vorgeschlagenen wurden abgelehnt. Bei Punkt 10, Neuwahl der städtischen Verwaltungsdeputation, wurde Posten für Posten generell unter die Spießer verteilt. Eine erbärmliche Rolle spielte wieder einmal die S.P.D., die des öfteren Zustimmung gab, nur um sich noch einige Posten zu sichern. Als sie nun aber sahen, daß sie aus den wichtigsten Positionen herausfliegen, gebärdeten sie sich „radikal“. Die S.P.D. legte zum Schluss ihre Funktionen nieder. Unter Punkt 12 hatte Genosse Hiller drei Anträge eingereicht. Im ersten Antrag forderte er, die Zurückzahlung der angeblich zuviel gezahlten Steuern an die Mech. Weberei (6000 Mark) einzustellen und die Gelder zur Winterbeihilfe für Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger zu verwenden. Der Antrag wurde, nachdem ihn noch Genosse Hiller begründet hatte, von allen Seiten abgelehnt. Im zweiten Antrag forderte er erhöhte Zuschüsse vom Reich; dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Freiburg

Hilft zur Revolutionstheater! Wegen Saalverfügbarkeit kann unsere Revolutionstheater erst am 15. November stattfinden, und zwar im Freiburger Gesellschaftshaus. Wir bitten die Arbeiterschaft, sich darauf einzustellen.

In Ruzendorf findet am Sonntag, um 9 Uhr, im Gasthaus „Zur Erholung“ eine öffentliche Versammlung statt. Thema: „Der Reichstag gewählt, er hat getagt — was nun?“ Referent anwesend.

Landeshut

Hat Fehner Schulden?

Zu dieser Frage gibt der Lagerhalter des Lagers 18 folgende Antwort: 1. Es ist unklar, daß in der am 8. Oktober stattgefundenen Vertretersitzung über die Schulden einzelner Mitglieder unter Namensnennung gesprochen worden ist. 2. Es ist unklar, daß das Mitglied „Fehner“ im Lager 18 200 Mark Schulden hat. Als Lagerhalter bin ich für sämtliche Außenstände haftbar, und es ist mir deshalb unmöglich, einem Mitglied, auch keinem „Fehner“, Kredit in dieser Höhe zu gewähren. — Da also, jetzt wissen wir es: Im Lager 18 hat Fehner laut Aussage des Lagerhalters 18 keine Schulden.

Niederschlesien

Görlitz

Vertätigte, heraus!

Am 7. November, 20 Uhr, Revolutionstheater im Konzerthaus.

18,30 Uhr Auftreten zur Demonstration am Nikolaigraben.

Ist Kessel ein Mussolini?

Auf Anordnung von Kessel wurde den Erwerbslosen der Aufenthalt im Arbeitsamt nur noch von 7—8 Uhr gestattet. Nach dieser Zeit können sie sich draußen die Knochen erfrieren. Die Hände aus dem großen Barterraum hat man in eine Ede geschoben, und die beiden „Ordnern“ haben Anweisung, jeden Erwerbslosen hinauszumessen, der sich im Arbeitsamt aufhält, um auf Arbeit zu warten; desgleichen verbietet eine sogenannte „Ordnung“ das Rauchen. Als einige Erwerbslose Kessel fragten, warum die Beamten rauchen, da erklärte dieser Sozialfaschist, die Bestimmungen der Hausordnung gelten nur für Erwerbslose. Auch die Herren Kasper und Meißner, die von den Beiträgen der Arbeiter leben, bilden sich ein, die Arbeitslosen wären für sie da, und schlagen einen Ton an, als ob sie aus ihrer Tasche die Unterstützung zahlen müßten. Also, meine Herren, bitte hübsch anständig werden!

Kommunalkonferenzen am 7. November

- 118. Schweidnitz, Tagungsort Schweidnitz, „Stadt Breslau“, 9 Uhr.
- 118. Görlitz und Riesengebirge, Tagungsort Greiffenberg.
- 118. Waldenburg, Tagungsort Waldenburg, „Stern“, Gottesberger Straße, 15 Uhr.
- 118. Riegnitz-Bunzlau, Tagungsort Haynau, Webturmstraße 10, Ede Stadt aße.
- 118. Langenbielan und Lager Bergland, Tagungsort in den Räumen der „Arbeiterstimme“.
- 118. Breslau-Ohlan, Tagungsort Ohlan, Lokal Schmidt (über der Ober).
- 118. Sagan-Grünberg-Glogau, Tagungsort Neudorf, Gasthaus „Wiener Hof“, Florianplatz.

Liegnitz

Sozialdemokratische Buchdrucker — Augen auf!

Die „Arbeiterfreundlichkeit“ des sozialdemokratischen Stadtrats Jaensch, Dezerent des Wohlfahrtsamtes, tritt von Tag zu Tag immer mehr zu Tage. Neuerdings erhalten die Beamten des Wohlfahrtsamtes die Zahlbogen der erwerbslosen Buchdrucker mit einem Vermerk, festzustellen, wieviel Unterstützung die Buchdrucker vom Verband beziehen, um diese dann von der Wohlfahrtsunterstützung abzuziehen.

Sagan

Achtung, Erwerbslose!

Am Freitag, dem 7. November, 16 Uhr findet im „Englischen Garten“ bei Wölffes, Fischendorfer Straße, eine Erwerbslosen-Versammlung statt. Es werden in dieser Versammlung alle Erwerbslosen, Wohlfahrtsempfänger sowie diejenigen, welche keinerlei Unterstützung erhalten, aufgeklärt, wie es mit der beantragten Sonderbeihilfe aussieht. Wollen wir eine Wahrung der Anträge verhindern, so ist es Pflicht eines jeden zu erscheinen.

Eine Stadtverordnetenversammlung findet am Freitag, dem 7. November, statt. Es sind zehn Punkte auf der Tagesordnung. Den Antrag der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion auf Gewährung einer Sonderbeihilfe für alle Wohlfahrtsempfänger usw. hat man als letzten Punkt gesetzt und will so die Erwerbslosen von dem Besuch fernhalten.

Kampfbund Schlesien

Achtung, Ortsgruppen des Kampfbundes gegen den Faschismus in Schlesien! Alle Anfragen betreffend Kampfbund sind zu richten an folgende Adresse: August Reimann, Breslau-Hempel, Wöweweg 23.

Briefkasten

„Oberschweizer produziert sich als Faschist.“ Das Manuskript war nicht unterschrieben, auch vollkommen unverständlich. Der Bericht konnte deshalb nicht abgedruckt werden. — „Heberlein von Schape hat Brot.“ Die Notiz über die Verhaftung enthielt leider nicht die notwendigen Einzelheiten, um veröffentlicht werden zu können.

Notiz Hinde über Brennen rotes Gesicht wirken unfern. Ein wirksames Mittel dagegen ist die Kälte, reismilbernde und schweißwecke Creme Redor, auch als herrlich duftende Puderunterlage vorzüglich geeignet. Ueberraschender Erfolg, Tube 1 Mk., wirksam unterstützt durch Redor-Abkühlung, Stück 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. **Verkaufspreis!**

MAGGI'S SUPPEN

1 Würfel für 2 Teller vorzügliche Suppe nur 13 Pfg.

bieten Gewähr für Qualität

Zu den Kommunalkonferenzen am 9. November

Rote Gemeindevertreter müssen Organisatoren der proletarischen Revolution werden

Von Ernst Wolffweber, M.D.

Die am Sonntag, dem 9. November, in den Unterbezirken beginnenden Kommunalkonferenzen der roten Gemeindevertreter müssen im Zeichen der Beratung von Kampfmaßnahmen gegen Feindverrat und Steuerdiktatur stehen. In diesen Konferenzen müssen außer den roten Gemeindevertretern auch die Vertreter der Betriebe, der Erwerbslosen, der Frauen und Jugend wie der Sport- und Kulturorganisationen teilnehmen. Eine solche Zusammenlegung der Konferenzen zeigt erst die enge Verbindung der Partei mit den breitesten Massen in der Durchführung einer wirklich revolutionären Kommunalpolitik.

In offener, bolschewistischer Selbstkritik in Stellung zu nehmen zu der bisherigen Tätigkeit unserer Genossen in den Gemeinde- und Kreisparlamenten. Hierbei müssen die Schwächen und Fehler unserer Kommunalarbeit mit aller Schärfe kritisiert werden, um zu erreichen, daß in Zukunft solche opportunistischen Entgleisungen, wie sie sich auch in der letzten Zeit leider noch sehr häufig gezeigt, vermieden werden. Die Konferenzen werden in einem sehr umrissenen Programm die Richtlinien für unsere revolutionäre Kommunalpolitik festlegen.

Einen besonderen Raum auf den Konferenzen wird die Tätigkeit unserer Kommunalvertreter bei der Vorbereitung und Durchführung von Wirtschaftskämpfen einnehmen. Die kommunalistischen Gemeindevertreter müssen bei der Vorbereitung von Wirtschaftskämpfen eine organisierende Kraft darstellen. Es ist notwendig, daß bei der Wahl von vorbereitenden Kampfausschüssen und Streikleitungen unsere Gemeindevertreter in diese Körperschaften einbezogen werden, um als festes Bindeglied zwischen dem parlamentarischen Kampf zur Unterstützung der kämpfenden und dem außerparlamentarischen Massenkampf aufzutreten.

Der Landarbeiter- und Kleinbauernfrage muß von unseren Gemeinde- und Kreisparlamenten in den ländlichen Orten die mehr Beachtung geschenkt werden. Es müssen Sprech- und Anlaufstellen eingerichtet werden, wo Landarbeiter, Kleinbauern und Kleinrentner sich Rat und Beistand gegenüber Behördenstellen einholen können. Auch bei der Ausbildung von Landarbeiterkreisen müssen die roten Kommunalvertreter wesentlich aktiver auftreten als bisher.

Stützen der Gemeindefunktionäre und angestellten und unseren Gemeindevertretern muß die enge Verbindung hergestellt werden. In den Betriebsversammlungen der Gemeindefunktionäre sowie auch in ihren Gewerkschaftsversammlungen müssen die kommunalistischen Stadterwerbslosen als Referenten und Diskussionsredner führend auftreten. Bei der Bildung der KPD-Gruppen in den Betrieben, bei den Landarbeitern und unter den Erwerbslosen müssen unsere Genossen Gemeindevertreter ebenfalls aktiv und führend mitarbeiten.

Unsere kommunalpolitische Tätigkeit ist vielfach nicht populär genug. Unsere Gemeindevertreter beschränken sich, wenn es doch kommt, nur auf die Berichterstattung in der Parteibriefe. Es ist unbedingt notwendig, daß auch in den Betriebs-, Dorf- und Häuserblockversammlungen unsere revolutionäre Kommunalpolitik behandelt wird. Bei allen wichtigen Anlässen müssen durch die Initiative der kommunalistischen Gemeindevertreter öffentliche Einwohnerversammlungen einberufen werden, um so die breitesten Öffentlichkeit von der Möglichkeit unserer Kommunalpolitik zu überzeugen. Ebenso müssen unsere Genossen in den Mitgliederversammlungen der proletarischen Massenorganisationen und in Betriebsversammlungen der Betriebe und Erwerbslosen über ihre Tätigkeit Bericht erstatten. In diesem Zusammenhang steht auch die Frage der Schaffung von kommunalpolitischen Beiräten. Es gibt selber in unserem Bezirk nur sehr wenige Ortsgruppen, in denen kommunalpolitische Beiräte vorhanden sind. Alle Maßnahmen unserer Fraktionen, die Stellung von Anträgen in den Kreis- und Gemeindeparlamenten müssen in Versammlungen der in Frage kommenden Organisationen und Interessentengruppen zur Diskussion gestellt und beschlossen werden. Nur so ist es möglich, unserer revolutionären Gemeindepolitik eine breite Massenbasis zu geben.

Die Steuerstreik-Kampagne gegen die Diktaturverordnungen der Brüning-Regierung. Die in unserem Bezirk noch sehr schwach durchgeführt wurde, beschränkte sich bisher nur auf das parlamentarische Auftreten unserer Gemeindevertreter. Es gelang uns noch nicht genügend, eine wirklich breite Massenbewegung für die Lösung des Steuerstreiks und der Steuerlastfrage anzuknüpfen. Das Fehlen der Verbindung zwischen unseren Genossen mit den Kleinrentnerkreisen und den Kleinbauern zeigte sich bei Durchführung dieser Kampagne als ein sehr großer Mangel. Auf diesem Gebiete muß also von unseren Gemeindevertretern noch sehr viel nachgeholt werden.

Organisierung des Steuerstreiks bedarf Mitarbeit mit den Kleinrentnern und Kleinrentnerkreisen.

Die Wirkung der Brüning-Regierung. Die eine solche Massenbewegung zu sein und durch die sozialdemokratischen Regierungskreise in anderen Bezirken Tausende kommunalpolitischer Beamter auf den Postern entfernt worden. Sehr viele erhielten für die Führung dieses Kampfes gegen die Diktaturverordnungen Gefängnisstrafen. Die mangelnde Verbindung mit den Betrieben zeigte sich auch hier sehr klar. Die Parteikampagne gegen diesen Terrorverbot gegen die kommunalistische Partei und ihre Funktionäre und die Ausschaltung der Parteiführung hunderttausender kommunalpolitischer Arbeiter erreichte nicht die Höhe, die sie hätte haben können, wenn mit den Betrieben die genügende Verbindung seitens unserer Gemeindevertreter

und Genossen bestanden hätte. Die außerordentlich große Bedeutung dieser Massenbewegung kommunalpolitischer Funktionäre im Prozeß der Faschisierung des kapitalistischen Staates — wovon die Gemeinden einen unabweisbaren Teil darstellen — ist den Massen der Wähler unserer Partei in ungenügender Nähe zum Bewußtsein gebracht worden.

Die am Sonntag stattfindenden Konferenzen werden außer den großen politischen Problemen auch eingehend Stellung nehmen zu allen wichtigen Fragen, die in der Kommunalpolitik von weitestgehender Bedeutung sind. Im Zusammenhang mit dem Erwerbslosenproblem wird die Frage der Pflichtarbeit, der Winterhilfsmassnahmen, der Beschaffung von Notstandsarbeiten, u.a. eingehend behandelt werden.

Unsere Stellungnahme zur Steuerbefreiung für Kleingewerbetreibende und Kleinrentner, deren Einkommen auf dem Lande 3000 Mark und in den Städten 4000 Mark jährlich nicht übersteigt, der Kampf gegen Wohnungsmangel und Mieterhöhung, und damit im Zusammenhang die Befreiung der Erwerbslosen und Sozialrentenempfänger von der Haussteuer wird mit behandelt werden.

Ebenso stehen die Fragen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die allgemeine Wohlfahrt, die Jugendwohlfahrt, Gesundheitswesen und Schutz für Mutter und Kind im Mittelpunkt der Beratungen.

Einen breiten Raum wird auch die politische Stellungnahme zu den Folgen der Hochwasserkatastrophe einnehmen und die Konferenzen werden konkrete Forderungen beschließen müssen.

Diese Konferenzen müssen ein Auftakt zur Lösung dieser Aufgaben sein. Die Voraussetzung für die Durchführung einer guten revolutionären Kommunalpolitik ist das geistigere, bolschewistische Auftreten unserer Genossen in ihrer gesamten politischen Arbeit.

Die Frit-Reaktion beim Lohnraub

Nach dem mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie erzielten Lohnabbau an den Röhren der staatlichen Arbeiter in den Schieferbrühen und Größelwerken um 10 bis 25 Prozent, unternimmt die Frit-Reaktion einen neuen Vorstoß gegenüber den staatlichen Fortarbeitern.

270 Millionen Belastung

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages wurden gestern die Steuern, die ausgehen aus dem Artikel 48 der Rotenordnungen, angenommen. Der Ministerialdirektor Leidl erklärte, daß die Mehrbelastung 270 Millionen betrage. Sie setzt sich folgendermaßen zusammen:

Werksteuer 65 Millionen, Getränkesteuer 25 Millionen, Regener (Bürosteuer) 110 Millionen, Abbau der Beamtengehälter um 5 Prozent: 70 Millionen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den redaktionellen (außer Übersetzungen): Ernst Wolffweber, Breslau; für Übersetzungen: Fritz Zembrod, Eintracht. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau.

Wer hat Bobbie Hind
noch nicht gesehen?
Schleunigst hole er das Versäumte nach und eile ins

Lieblich-Theater!
8-Uhr-Abendblau v. 3. 11. 30
täglich 2 x 4 Uhr
Eintrittspreise 0.50-4.00
Nachm. halbe Preise mit Vollprogramm

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Montag, den 3. 11. bis Freitag, den 7. 11. 20.15 Uhr
Mrs. Cheneys Ende
Sonnabend, den 8. 11. 20.15 Uhr
Die Matrosen von Cattaro
Sonntag, den 9. 11. 15.30 Uhr
Mrs. Cheneys Ende
20.15 Uhr
Die Matrosen von Cattaro

Thalia-Theater
Von Montag, den 3. 11. bis Freitag, den 7. 11. 20.15 Uhr
Potatsch und Perlmutter
Sonnabend, den 8. 11. 20.15 Uhr
Man kann nie wissen
Sonntag, den 9. 11. 15.30 Uhr
Potatsch und Perlmutter
20.15 Uhr
Man kann nie wissen

M. Kricke empfiehlt
Lebensmittel aller Art
Reelle Bedienung, niedr. Preise
Breslau, Löschstraße 17
9 Prozent Rabatt

Max Berndt
ff. Fleisch u. Wurstwarenfabrik
Bergmannstraße 14

Reinhold Weise Schließwaderstraße 30
Getreide-Dampfbrennerei
Likörfabrik / Gaststätte

Kauf bei **Blasse**
Blasse ist billig!
BRESLAU
Nur Graupenstraße 6/10

Trebnitzer Rohfleischererei
Markthalle 1 und 2 empfiehlt
Sonnabend prima Fohlenfleisch u. alle Sorten frische Wurstwaren
Paul Martin

Lederjacken
27,39- bis 69,- Mk. gegenüber der Markthalle!
Gartenstr. 26
Lombard u. Warenhaus
L. HAMBURGER

Lieblich-Theater!
8-Uhr-Abendblau v. 3. 11. 30
täglich 2 x 4 Uhr
Eintrittspreise 0.50-4.00
Nachm. halbe Preise mit Vollprogramm

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einladungskarten
Flugblätter
Werke
Zeitschriften
Zeitschriften
Schriftschränke
Menschenbilder
prompt und preiswert

PEUVAG
Papier-Druckerei
und Buchbinderei
in
Breslau
Friedrichstraße 10

Molkerei und Milch-Großhandlung
Christoph Hümmer
Breslau, Lehmgubenstr. 5
Verkauf durch Läden u. Klingelwagen / Achtet auf die Firma!

Partei-genossen!
Beachte!
Bei allen Einkäufen immer nur unsere **Inserenten!**

Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48 Eldekerplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenstraße 17 Michaelistr. 3
Frankfurter Str. 103, geg. d. Schlachthof
bieten an:
Vom Faß gegen Kasse
Breslauer . . . 32% = 2.65
Weinbrand-Verschnitt . . . 38% = 3.45
Weinbrand echt . . . 38% = 4.40
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jam.-Rum-Verschnitt . . . 3.70

Weine vom Faß
Rot- und Rheinwein . per Liter 0.90
Muskateller 1.00
Wermutwein 1.00
Tarragona 1.20
Malaga 1.30
Ut. ar.-Süßwein 1.50
98% Prima Spirit . . per Liter 7.60

Tafel-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Cognac, Goldwasser, Bitterorange,
Crème de Cacao, Süssmandel, Anis,
Mischbrannt, Dess. Früchte, Cherry
Brandy, Kirschkorn, Pfirsich, Nektar
und Halb etc.
30% Mk. 3.10 35% Mk. 3.60

Empfehle einer werten Einwohnerin
von Rothenbach und Umgebung mein
Gütelgeschäft Nr. 43
einer gütigen Beachtung. Es wird mein
Bestreben sein, meinen geschätzten Kunden
durch Lieferung von vorzüglichen
H. Fleisch- und Wurstwaren
Ihr Vertrauen in hohem Maße zu sichern.
Franz Döring, Rohlfischhändlermeister
Gottesberg i. Schles.
Jeder Kunde erhält diese Woche bei
Einkauf von 1.000,- 2.000,- Mark gratis

G Führer durch die Geschäftswelt G
Breslau - Zentrum
R. Karsunky & Co., Möbel
Rosenhaler Straße 2
Ecke Maschiasstraße

Breslau - Nord
Molkerei
Scheloske & Sohn
Klein Tschansch bei Breslau
Sprottau
Otto Großmann, Jüdenstraße 3
Fahrräder und Nähmaschinen
1964
Eigene Reparaturwerkstatt

Grünberg
KUNELLA GOLD
mit den wertvollen
KUNELLA BONS
allein erhältlich in der
KUNELLA-BUTTERHANDL.
2451

Liebau
Woll- u. Baumwoll-
waren, Tricotagen
Inletts / Bettdecken
Emil
Bodmann
Nikolaistraße 3
1000
Reserviert
Süddeutsches Leinwandgeschäft
C. A. FRENZEL & SOHN
Berufkleidung, Wäsche & Tricotagen

Lauban
Trinkt Laubaner Korn!
EDMUND SCHUBERT
Weinbrennerei
1654

Radio-Haberecht, Naumburger Str. 34
1625
altrenommiertes Spezialgeschäft

Wurstfabrik Gerhard Hentschel
Frühstücksstube / Versandhaus
für Dauerware / Fernspr. 233
1627

BRUNO KLETTE, Richterstr. 14
1608
Papier / Bürobedarf

ANTON PILZ, Brüderstraße 13
Mehlprodukte, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren
1629
H. SÜSSMANN, Brüderstraße 17
Theater-Darstellung, Musikinstrumente
1699
Görlitz
J. HORN
Inhaber Hermann Horn
Görlitz
Steinstraße Nr. 1
1621